

## Kultur

\*(16)

### Umfassende Erziehungsreform in 15 ausgewählten Städten

Vom 9.-13. Dezember 1991 fand in Changzhou (Provinz Jiangsu) eine nationale Erziehungskonferenz statt, auf der Erfahrungen über eine umfassende Reform des städtischen Erziehungswesens ausgetauscht wurden. Teilnehmer waren für das Erziehungswesen verantwortliche Bürgermeister von 100 großen und mittelgroßen Städten. Die umfassende Reform des städtischen Erziehungswesens wurde 1987 mit dem Ziel begonnen, Struktur und Verwaltung im Bildungswesen zu verändern, um das städtische Erziehungswesen stärker auf den Aufbau der sozialistischen Modernisierung auszurichten. Konkret sollte die Qualität der Bildung im Rahmen der neunjährigen Schulpflicht garantiert werden, um auf dieser Grundlage Fachleute und Arbeiter für die örtliche Wirtschaft und Gesellschaft auszubilden. Ferner sollte erreicht werden, daß die Städte eine Ausstrahlungsfunktion für die umliegenden Kreise und Gemeinden wahrnehmen und ihr Bildungssystem an den Bedürfnissen der umliegenden Wirtschaftsbetriebe orientieren. Diese Reform wird derzeit versuchsweise von 15 ausgewählten Städten durchgeführt, darunter Shenyang, Jinzhou, Jiamusi, Luoyang und Suzhou.

Gegenwärtig haben diese Städte folgende Neuerungen eingeführt:

- die Aufnahmeprüfungen der Grundschüler für die Unterstufe der Mittelschule wurden abgeschafft;
- die Schwerpunkt-Mittelschulen (Unterstufe) wurden abgeschafft;
- alle Grundschulabsolventen gehen weiter in eine Mittelschule in ihrer Nähe;
- die berufliche und technische Bildung auf Sekundarschuleebene wurde stark ausgebaut. In den 15 Städten liegt das Schülerverhältnis an beruflich-technischen und an allgemeinbildenden oberen Mittelschulen bei 1:1, in einigen Städten sogar bei 7:3. Außerdem besteht die Tendenz, daß die beruflich-technische Bildung mehr und mehr in die allgemeinbildenden Mittelschulen eindringt.

- In einigen Versuchsstädten wurde auch das Aufnahme- und Verteilungssystem an den Sekundarschulen reformiert, um den Grundsatz "Erst eine Ausbildung, dann einen Job" zu verwirklichen.

Der stellvertretende Erziehungsminister He Dongchang betonte auf der Konferenz, daß das städtische Bildungswesen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung zu dienen habe und auch auf das Land ausstrahlen müsse. Er forderte außerdem, daß bei der Reform die moralische Erziehung an erster Stelle zu stehen habe. Aus diesem Grunde sei vor allem darauf zu achten, daß die Lehrer sowohl rot als auch Fachleute seien. (RMRB, 11.12.91)

In diesen Reformen spiegelt sich deutlich eine Abkehr von jeder Art von Elitebildung wider, wie sie seit Beginn der Reformperiode als Reaktion auf die Bildungsfeindlichkeit der Kulturrevolution wieder eingeführt worden war. Die Verfechter der Elitebildung mit der Betonung auf Wissen und geistigen Fähigkeiten mußten sich von Anfang an mit den Argumenten ihrer Gegner auseinandersetzen, die sich mehr für praktische Bildungsinhalte und größere Bildungschancen für alle aussprachen. In jüngster Zeit ist das politische Klima für die Ziele der letzteren Gruppe günstig. Die Abschaffung der Aufnahmeprüfungen für die untere Mittelschule und vor allem der Schwerpunktmittelschulen in den Versuchsstädten spricht hier eine deutliche Sprache. Unter dem Gesichtspunkt der Verwirklichung der neunjährigen Schulpflicht (6 Jahre Grundschule, 3 Jahre Mittelschulunterstufe) erscheint die Abschaffung der Aufnahmeprüfungen durchaus sinnvoll. Doch muß damit gerechnet werden, daß das Niveau der unteren Mittelschulen durch diese Maßnahme sinkt. Gerade unter diesem Aspekt ist die Abschaffung der anspruchsvollen Schwerpunktmittelschulen als bedenklich anzusehen, denn abgesehen davon, daß diese erst vor einem guten Jahrzehnt wiedereingeführt worden waren, werden Absolventen solcher Schulen, die über eine hervorragende Allgemeinbildung verfügen und ein Hochschulstudium aufnehmen wollen, weiterhin dringend benötigt.

Es ist keine Frage, daß auch eine Schicht von Fachleuten der mittleren Ebene benötigt wird und aus diesem

Grunde die beruflich-technische Bildung auf Sekundarschuleebene gestärkt werden muß. Wenn dies jedoch auf Kosten der Allgemeinbildung geschieht, dann ist dem chinesischen Bildungswesen damit nicht gedient. Gegen das Reformziel, je 50 Prozent der Schüler auf der Sekundaroberstufe auf allgemeinbildende und auf beruflich-technische Schulen zu verteilen, ist nichts einzuwenden. Dieses Ziel war Bestandteil der Bildungsreformen der achtziger Jahre. Wenn allerdings der Unterricht an den allgemeinbildenden Mittelschulen ausschließlich auf die Bedürfnisse der Wirtschaft ausgerichtet wird und mehr und mehr beruflich-technische Kenntnisse vermittelt werden, dann leidet das Niveau der Allgemeinbildung. Eine solide Allgemeinbildung aber bildet immer noch die Grundlage für jeden Beruf. -st-

\*(17)

### Hochschullehrer sollen rot und fachkundig sein

Vom 3.-7.12.91 fand in Beijing eine nationale Konferenz über die Lehrfähigkeit der Hochschullehrer statt. Sie war von der Propagandaabteilung des ZK, der Staatlichen Erziehungskommission und der nationalen Erziehungsgewerkschaft organisiert worden und zählte über 700 Teilnehmer aus allen Provinzen (GMRB, 5. u. 8.12.91). Der stellvertretende Vorsitzende der Erziehungskommission He Dongchang mahnte die Hochschullehrer, ihre Aufgabe, junge Menschen zu erziehen, ernstzunehmen; sie hätten in erster Linie Lehrer und den Studenten Vorbild zu sein. Er appellierte an das Engagement der Hochschullehrer sowie ihr Verantwortungsgefühl für das Vorankommen des Staates, des Volkes und des Sozialismus. Die Hochschullehrer hätten sowohl rot als auch fachkundig zu sein.

Auch der Vorsitzende der Erziehungskommission, Li Tiejing, hob die Bedeutung der politisch-moralischen Erziehung an den Hochschulen hervor. Sozialistische und kapitalistische Erziehung seien etwas grundsätzlich Verschiedenes, sagte er. Die chinesische Erziehungsrichtung zeichne sich dadurch aus, daß den Studenten eine umfassende moralische, wissensmäßige und körperliche Entwicklung zuteil werde, wobei die moralische Erziehung an erster Stelle stehe. Alle Hoch-

schullehrer, die marxistische Theorie und sozialwissenschaftliche Fächer unterrichten, müßten einen marxistischen Standpunkt einnehmen. Die Aufgabe des Lehrers sei nicht so sehr die Wissensvermittlung, so belehrte ein anderer stellvertretender Vorsitzender der Erziehungskommission die Hochschullehrer, sondern die Erziehung von Menschen.

In einem Kommentar der *Guangming-Zeitung* vom 8.12.91 heißt es, daß in bezug auf die Menschengenerierung an den Hochschulen in den letzten Jahren erfreuliche Fortschritte gemacht worden seien; dennoch seien die Verhältnisse nicht überall zufriedenstellend, und dies sei hauptsächlich auf mangelnde ideologische Kenntnisse zurückzuführen. Unter Hinweis auf die verbreitete Ansicht, die Aufgabe des Hochschullehrers bestehe in der Vermittlung von Fachwissen, während für die ideologisch-politische Bildung der Studenten die Politikader zuständig seien, verurteilt der Kommentator eine derartige Trennung von "Lehrtätigkeit" und "Menschengenerierung". In der Praxis gebe es diese Trennung nicht, denn Wissensvermittlung werde immer um der Erziehung von Menschen willen betrieben. Zur Untermauerung seines Arguments beruft er sich sogar auf Han Yu, den großen Konfuzianer der Tang-Zeit, in dessen Traktat "Über den Lehrer" es heißt: "Lehrer sein bedeutet das Dao (d.h. den richtigen Weg) zu lehren, Fachwissen zu unterrichten und Zweifel aufzulösen." Han Yu habe gewußt, daß Wissensvermittlung und Menschengenerierung eins seien. Deshalb sei es Aufgabe der Hochschullehrer, mit der Unterweisung in Fachwissen den Studenten zugleich auch eine marxistisch-leninistische Bildung zuteil werden zu lassen und den Studenten Glauben an den Sozialismus, die richtige Weltanschauung und die richtigen Wertvorstellungen zu vermitteln.

Die ideologisch-moralische Erziehung der Studenten war insbesondere nach der Unterdrückung der Demokratiebewegung im Juni 1989 gefordert worden. Zu diesem Zweck war der ideologisch-politische Unterricht verstärkt worden. Für diesen sollen nun nicht mehr nur die Fachleute für Marxismus und Politik zuständig sein, sondern alle Hochschullehrer sollen sich um die Erziehung der Studenten kümmern, und das heißt in erster Linie politisch-

moralische Erziehung. Nachdem die Lehrer in den achtziger Jahren vorwiegend als Fachkundige angesehen worden waren, wird nun wieder wie zu maoistischer Zeit von ihnen verlangt, auch rot zu sein. -st-

**\*(18)  
Sozialwissenschaften müssen marxistisch ausgerichtet sein**

Die Anwesenheit führender Parteikader, darunter des ZK-Generalsekretärs, auf einer Arbeitssitzung der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften Mitte Dezember 1991, bei der es um die Forschungsplanung in Philosophie und den Sozialwissenschaften während des 8.Fünffjahrplans ging, ist Ausdruck der gegenwärtigen Ideologisierung aller Lebensbereiche. War die sozialwissenschaftliche Forschung in den beiden vorausgegangenen Planperioden von einer relativ liberalen Atmosphäre geprägt, in der man dem Marxismus zwar keine gänzliche Absage erteilen, ihn jedoch durch das Aufgreifen neuer Methoden relativieren konnte, so ist es damit nun zuende. Schon seit dem Sommer 1989 wurde der theoretische Spielraum der Sozialwissenschaftler immer mehr eingeengt. Die Reden der Politiker auf dieser Sitzung lassen erkennen, daß es für die Sozialwissenschaftler praktisch keine Möglichkeit mehr gibt, den von der Partei vorgegebenen Rahmen zu durchbrechen, um die Wissenschaft voranzubringen.

ZK-Generalsekretär Jiang Zemin forderte die Sozialwissenschaftler auf, die Grundlinie der Partei zu verwirklichen und fest auf dem Boden der marxistischen Weltanschauung zu stehen. Alle sozialwissenschaftliche Arbeit habe dem wirtschaftlichen Aufbau und dem Aufbau eines Sozialismus chinesischer Prägung zu dienen. Das letzte Jahrzehnt vor dem Jahr 2000, das für China relativ günstig sei, sollte zur Weiterentwicklung der Wirtschaft genutzt werden. Dabei sollte an der Reform- und Öffnungspolitik festgehalten werden; zugleich aber seien die Vier Grundprinzipien durchzusetzen. Jiang Zemin sprach ferner davon, daß sich China gegenwärtig in einer Phase der Stabilität befinde und daß China eine glänzende Zukunft haben würde, solange es sich an die Parteilinie halte. "Wenn wir die stabile Umgebung aufrechterhalten und entlang dieser Linie

voranschreiten, dann wird sich die Überlegenheit des Sozialismus spätestens bis zum Jahr 2000 in vollem Maße zeigen."

Ähnlich, aber doch mit etwas anderem Akzent, äußerte sich Li Ruihuan, Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros. Er wies darauf hin, daß heutzutage praktisch alle wichtigen und komplizierten Probleme in der Welt mehr oder weniger mit philosophischen oder sozialwissenschaftlichen Fragen verbunden seien. Deshalb müsse jeder, der sich mit der internationalen Lage, mit dem Aufbau des Sozialismus in China oder mit der Zukunft Chinas befasse, sich um Philosophie und Sozialwissenschaften kümmern und sie zu verstehen suchen. Li Ruihuan forderte die Sozialwissenschaftler auf, sich vom Marxismus leiten zu lassen und an der marxistischen Theorie festzuhalten. Darüber hinaus betonte er jedoch, daß sich die Sozialwissenschaftler der Realität und den wirklichen Problemen zuwenden müßten. Sie müßten die bei der Durchsetzung der Parteilinie auftretenden Probleme studieren und die Erfahrungen aus der Reform- und Öffnungspolitik zusammenfassen. Auch ließ er die für die Liberalisierung der achtziger Jahre stehenden Mottos "Befreiung der Gedanken", "Suche der Wahrheit in den Tatsachen" und "Blüte von hundert Blumen, Wettstreit von hundert Schulen" nicht unerwähnt. Lassen schon diese Äußerungen eine gewisse Distanz von der Parteilinie der Orthodoxen erkennen, so offenbart sich diese insbesondere in Lis Aufforderung an die Adressaten der Sozialwissenschaftler, sich um eine Belebung und ein Aufblühen der philosophischen und sozialwissenschaftlichen Forschung zu bemühen. (GMRB, 15.12.91)

Li Ruihuan verpackte seine Äußerungen zwar ideologisch, aber sie lassen dennoch hoffen, daß in absehbarer Zeit den Sozialwissenschaftlern wieder mehr Spielraum gewährt wird. Gegenwärtig freilich müssen zumindest die Reformorientierten unter ihnen resignieren. So bleibt es nicht aus, daß die Lage in den Sozialwissenschaften durch Stagnation gekennzeichnet ist. Die Frage ist nur, ob diese Art der "Stabilität" der Modernisierung Chinas letztlich nützt. -st-

### \* (19) Reform der Zulassung zu landwirtschaftlichen Hochschulen

Im Jahre 1989 wurde damit begonnen, das Zulassungssystem zu den landwirtschaftlichen Hochschulen teilweise zu reformieren. Einige landwirtschaftliche Hochschulen vergeben seitdem einen bestimmten Anteil ihrer Studienplätze an solche Jugendlichen vom Lande, die nach Absolvierung der Mittelschuloberstufe mindestens zwei Jahre lang in der landwirtschaftlichen Produktion ihres Heimatdorfes praktisch gearbeitet hatten. Das Studium dieser Jugendlichen ist auf zwei Jahre angelegt; nach Beendigung des Studiums weist ihnen der Staat keinen Arbeitsplatz zu. Ziel dieser Neuerung ist es, für die Einheiten unterhalb der Kreisebene in landwirtschaftlichen Techniken versierte Fachleute auszubilden, die für immer auf dem Lande bleiben. Die Studienplätze sind im staatlichen Plan aufgeführt, aber offensichtlich reicht als Qualifikation der Bewerber die mindestens zweijährige Praxis in der Landwirtschaft, d.h. die Kandidaten brauchen offensichtlich keine Aufnahmeprüfung zu machen.

Anläßlich einer vom Landwirtschaftsministerium einberufenen Tagung, auf der die Erfahrungen bei der Reform des Zulassungssystems ausgewertet werden sollten, wurde die Reformmaßnahme allgemein als sehr erfolgreich begrüßt. Durch die Zulassung von Bewerbern vom Lande, die bereits praktisch in der Landwirtschaft gearbeitet haben, bilden die landwirtschaftlichen Hochschulen nun tatsächlich Fachleute aus, die auf dem Lande bleiben und hoch motiviert sein sollen. Von den 66 landwirtschaftlichen Hochschulen in China praktizieren bereits 40 Institutionen das neue System. Wie es heißt, ist der Andrang von Jugendlichen vom Lande um ein Vielfaches höher als die Zahl der zur Verfügung stehenden Studienplätze. (GMRB, 22.12.91)

In der Landwirtschaft werden qualifizierte Agronomen gebraucht, die die Modernisierung der Landwirtschaft bewerkstelligen können. Das Problem bisher war jedoch, daß die überwiegende Zahl der Absolventen landwirtschaftlicher Hochschulen, die wohl zumeist aus den Städten kam, nicht gewillt war, auf dem Lande zu arbeiten, und wenn einige aufs Land gingen,

dann nur für kurze Zeit (vgl. C.a., 1991/4, Ü 19). Wenn jetzt Bewerber vom Lande zum Agronomiestudium zugelassen werden, deren Bildungsniveau sicherlich nicht dem der städtischen Jugendlichen entspricht, die aber immerhin auch das "Abitur" haben und überdies über praktische Berufserfahrung verfügen, dann scheint dies eine vernünftige Lösung zu sein, dem Mangel an Fachleuten auf dem Lande abzuwehren. Wie es heißt, lieben diese jungen Leute ihre Heimat und ihren Beruf. Wenn dem so ist, dann scheint gewährleistet zu sein, daß sie ständig auf dem Lande bleiben. -st-

### \* (20) Nationale Konferenz über Minderheitensprachen

Zum erstenmal seit 1949 wurde in China eine nationale Konferenz über Minderheitensprachen veranstaltet. Sie dauerte vom 3.-7.12.91 (s. RMRB, 4. u. 8.12.91). Die chinesische Sprachenpolitik in den Gebieten der nationalen Minderheiten ist ein äußerst sensibles Thema, denn in der Vergangenheit wurde sie von Beijing sehr rigide gehandhabt. Das Chinesische galt durchweg als alleinige Amtssprache, und wer als Angehöriger einer nationalen Minderheit eine Hochschule besuchen oder sonstwie Karriere machen wollte, konnte dies nur, wenn er des Chinesischen mächtig war. Erst in den achtziger Jahren setzte eine Lockerung ein, obwohl es immer noch Probleme zu geben scheint, über die jedoch wenig Konkretes bekannt ist.

Auf der Konferenz wurde die Situation in sehr positivem Licht dargestellt. So wurde vor allem betont, daß jede Nationalität in China das Recht habe, ihre eigene Sprache und Schrift zu verwenden und daß der Staat dieses Recht respektiere und garantiere. Durch diese Politik habe sich der Gebrauch der Sprachen und Schriften der Minderheiten stark ausgeweitet. Alle wichtigen Partei- und Regierungsdokumente der Zentrale wie auch der örtlichen Stellen, Gesetze und Verwaltungsvorschriften würden sowohl in der Schrift der jeweiligen Nationalität als auch in chinesischer Schrift erstellt. Auch im Bildungswesen seien die Minderheitensprachen im Vormarsch; in den Minderheitengebieten sei teilweise ein zweisprachiges Unterrichtssystem eingeführt worden. Die Zahl der in Min-

derheitensprachen übersetzten Publikationen steige ständig, in ganz China gebe es bereits 32 Verlage, die in diesen Sprachen publizierten. Allein im Jahre 1990 seien über 3.250 Bücher in gut 20 Minderheitensprachen erschienen; gegenüber 1949 seien das 18,6mal mehr Bücher.

Desgleichen fänden die Minderheitensprachen im Nachrichtenwesen, in Rundfunk, Fernsehen und Film immer mehr Verbreitung. Die Zentrale chinesische Rundfunkstation und 30 lokale Stationen strahlten Sendungen in 16 Sprachen aus. In den letzten drei Jahrzehnten seien mehrere tausend Filme und über 2.500 Fernsehspiele in gut 20 Minderheitensprachen synchronisiert worden. (GMRB, 4.12.91) Zum Pressewesen wurden ergänzend folgende Angaben gemacht: Gegenwärtig erscheinen in China 77 Zeitungen in 17 Minderheitensprachen mit einer Gesamtauflage von 148,35 Mio. und 153 Zeitschriften in 11 Sprachen mit einer Auflagenzahl von gut 12,8 Mio. (RMRB, 4.12.91)

Insgesamt gibt es in China 55 verschiedene nationale Minderheiten, von denen 53 eine eigene Sprache besitzen (die Hui und die Mandschu benutzten die hanchinesische Sprache). Von diesen hätten 21 Nationalitäten ursprünglich keine eigene Schrift besessen. In den fünfziger Jahren habe der Staat mit großem personellen und materiellen Aufwand zehn Nationalitäten bei der Schaffung einer eigenen Schrift unterstützt und fünf bei der Reform oder Verbesserung ihrer Schrift. Alle diese Anstrengungen hätten große Erfolge gezeitigt. (GMRB, 4.12.91) Verschwiegen wird allerdings, daß es auch Rückschläge gab. So konnte sich z.B. bei den Uiguren und Kasachen die von den Chinesen für sie entworfene latinisierte Schrift nicht durchsetzen; statt dessen kehrten beide Nationalitäten zur arabischen Schrift zurück. -st-

### \* (21) Computer halten Einzug in Chinas Printmedien

China, das Land, in dem die Buchdruckkunst in Form des Holzplattendrucks vor etwa 1.200 Jahren erfunden wurde, nimmt nun auch Abschied von der herkömmlichen Art des Druckens. Große Verlage, Druckereien und Zeitungen sind dabei, das aufgrund der

komplizierten chinesischen Schrift sehr umständliche Druckverfahren durch Computerisierung zu vereinfachen. Bereits heute verwendet mindestens eine halbe Million Chinesen, die bei Zeitungen, in Verlagen, Druckereien oder Büros arbeiten, Computer für das Schreiben und Drucken von Texten. Angefangen von der Xinhua-Nachrichtenagentur über die *Volkszeitung*, *Wirtschaftszeitung*, *Arbeiterzeitung*, *Guangming-Zeitung* bis hin zur *Zeitung der Befreiungsarmee*, haben alle großen Medien auf Computer und Laserdrucker umgestellt. Dies bedeutet insbesondere für die Journalisten eine große Erleichterung (XNA, 13.12.91).

Noch vor wenigen Jahren war man im Westen äußerst skeptisch über die Möglichkeiten, die chinesischen Schriftzeichen "computerfähig" zu machen, und meinte, daß China im Zeitalter des Computers nicht darum herumkomme, seine Schrift zu latinisieren. Inzwischen weiß man, daß das Gegenteil richtig ist. In China wurde nämlich ein neues Computer-Schreibsystem, die sog. "Fünf-Strich-Tippmethode", erfunden, nach der man nicht nur leichter, sondern auch bedeutend schneller als bisher Druckvorlagen in Chinesisch erstellen kann. Man spricht davon, daß die Arbeitsleistung um 1.000 Prozent gesteigert werden konnte. So wurde kürzlich in einem Wettbewerb eine chinesische Sekretärin ausgezeichnet, die es mit Hilfe der "Fünf-Strich-Tippmethode" auf 243 Schriftzeichen pro Minute brachte (ebd.).

In China wird sogar die Meinung vertreten, daß das Tippen chinesischer Schriftzeichen nach dieser Methode schneller und leichter sei als das Tippen westlicher Buchstabenschrift. Auffassungen wie diese scheinen anzudeuten, daß die Schriftreform mit dem Ziel der Latinisierung der chinesischen Schrift praktisch ad acta gelegt wurde. Bisher hatten die Vertreter einer radikalen Schriftreform die chinesische Schrift immer als Hindernis für die Modernisierung angesehen. Wenn sich die chinesische Schrift nun auch im Informationszeitalter behaupten kann, so entfällt der Hauptgrund für ihre Abschaffung. Wie es heißt, haben chinesischsprachige Zeitungen in Singapur, Malaysia und Hongkong die "Fünf-Strich-Methode" als Computer-Inputtechnik übernommen, und chinesischsprachige Schulen in Malaysia haben das Erlernen dieser Methode für ihre Schüler zur Pflicht gemacht (ebd.). -st-

\*(22)

### Kritik an neuem Aberglauben

In der *Guangming-Zeitung* erschien am 7.12.91 ein kleiner Artikel unter der Überschrift "Moderner Aberglaube unter der Mütze der Wissenschaft". Darin setzt sich der Verfasser mit dem in jüngster Zeit zu verzeichnenden Wiederaufleben des Aberglaubens auseinander, der sich seiner Meinung nach in dem in den achtziger Jahren plötzlich erwachten Interesse "der Intellektuellen" in China am *Yijing* (*Buch der Wandlungen*) äußert. Das *Yijing*, einer der fünf Klassiker des Konfuzianismus, so erläutert der Verfasser, sei ein sehr rätselhaftes Buch und im Laufe der Geschichte von vielen studiert worden. Aber richtig verstanden hätten es eigentlich nur zwei, nämlich Konfuzius und Zhu Xi (Philosoph des 12 Jh.). In den achtziger Jahren nun sei das Interesse an dem Buch stark gewachsen, und man sei sehr erfinderisch geworden. So habe es z.B. eine beträchtliche Anzahl von Wissenschaftlern gegeben, die unter der Bezeichnung "Großer Meister der Wissenschaft vom Buch der Wandlungen" (*Yixue dashi*) Bücher verfaßt und Theorien aufgestellt hätten, in denen sie den Inhalt des *Buches der Wandlungen* als eine "Vorhersagewissenschaft" darstellen. Diese Leute hätten sich darin überboten, den Massen Empfehlungen zu geben und sie irreführen. Bei diesen Büchern handle es sich um einen Verschnitt aus *Yijing* und Hinzufügungen späterer Geomantiker, versehen mit modernem wissenschaftlichen Anstrich, um ein breites Publikum anzuziehen. Einer dieser Wissenschaftler habe sogar behauptet, das *Yijing* sei entstanden aufgrund von Botschaften über fortgeschrittene wissenschaftliche Kenntnisse, die Menschen eines anderen Sterns dem Zhou-König Wen übermittelt hätten. In welcher Sprache oder Schrift diese Botschaften dann wohl überbracht worden seien, fragt der Verfasser ironisch. Viele Leute meinten bis heute, in dem Buch offenbarten sich überirdische Kräfte, es sei eine kosmische Zahlenlehre und könne die Zukunft vorhersagen. In Wirklichkeit aber sei dies nichts anderes als ein moderner Aberglaube unter der Mütze der Wissenschaft.

Der Artikel ist von einem orthodoxen Standpunkt aus geschrieben, und zwar könnte es sich sowohl um einen orthodoxen Marxisten als auch um einen or-

thodoxen Konfuzianer handeln. Heterodoxe Lehren sind den Konfuzianern wie auch den Marxisten schon immer suspekt gewesen, weil sie vermeintlich ihren Monopolanspruch auf die Ideologie untergraben. Gerade die Herrschaft einer alles bestimmenden Ideologie jedoch hat in Vergangenheit und Gegenwart immer wieder dazu geführt, daß sich Defizite herausbilden, die viele Menschen durch eine verstärkte Hinwendung zu religiösen und anderen Heilslehren, aber auch zu Weis- und Wahrsagerei zu kompensieren suchen. Diese Erscheinung war insbesondere in den achtziger Jahren als Reaktion auf die Kulturrevolution zu beobachten. Daß es im Zusammenhang mit Wahrsagerei, Horoskopern u.ä. auch zu Scharlatanerie und reiner Geschäftemacherei kommt, ist sicherlich richtig. Gegen eine Verurteilung solcher Praktiken ist nichts einzuwenden, sofern damit Unschuldige vor betrügerischen Machenschaften bewahrt werden sollen. Der Verdacht liegt jedoch nahe, daß sich die orthodoxe Kritik nicht in erster Linie gegen Betrüger richtet, sondern gegen Wissenschaftler, die sich ernsthaft mit dem *Yijing* und anderen daoistischen Texten befassen. Die Beschäftigung mit heterodoxen Lehren war im konfuzianischen China häufig Ausdruck des Protests und Dissidententums - und das ist bis heute nicht anders. Daraus erklärt sich die Angst der Orthodoxen vor dem angeblichen "Aberglauben". -st-

---

## Außenwirtschaft

---

\*(23)

### Verstärkte Wirtschaftskooperation mit den Grenzstaaten

Wie die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua am 8.12.91 berichtet, hat der Grenzhandel und die technische Kooperation Chinas mit seinen angrenzenden Nachbarländern in den letzten Jahren rapide zugenommen.

Insgesamt verfügen neun Provinzen und Autonome Regionen mit 12 Staaten über eine gemeinsame Grenze, die 22.000 Kilometer lang ist.

So hat die Provinz Yunnan, die an Myanmar, Laos und Vietnam grenzt, bereits viele Zentren [306?] für den